

mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und mit Gruppierungen von Kirchen und ökumenischen Vereinigungen ausbauen, die Kommunikation mit den Mitgliedskirchen verstärken, ihre Koordinationsaufgabe in der Arbeit für Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa wahrnehmen.

Schwierige, aber doch fruchtbare Vielfalt

„Angesichts der zahlreichen Aufgaben, die die IX. Vollversammlung erwarten, soll der Gottesdienst einer ihrer Schwerpunkte sein“, hatte das Präsidium beschlossen. Neben dem feierlichen Eröffnungs- und Schlußgottesdienst und dem öffentlichen Gottesdienst am Samstagabend wurde jeder Tag mit einem einstündigen Morgengottesdienst eröffnet, in dessen Mittelpunkt die *Bibelarbeit* stand. Am frühen Morgen feierten Anglikaner, Orthodoxe, Protestanten und Katholiken abwechselnd je eine Eucharistiefeier. Nach dem Mittagessen wurde zu einer Meditation eingeladen. Das Hauptthema der Vollversamm-

lung lautete „Ehre sei Gott und auf Erden Frieden“. Im Anschluß an zwei einleitende Referate von Prof. *Paolo Ricca*, Waldenser aus Italien, und von Pastorin *Evamaria Taut* aus der Evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens (DDR) arbeiteten die Teilnehmer in vier Sektionen: Die Herrlichkeit Gottes in einer säkularisierten Welt; Göttliche Herrlichkeit und die Einheit der Kirche; Herrlichkeit Gottes und Schöpfung; Gottes Herrlichkeit und Friede auf Erden. Die Sektionsberichte wurden von der Vollversammlung zur Kenntnis genommen, nicht aber im einzelnen verabschiedet. Sie enthalten theologische Überlegungen, Erwägungen zur Situation und Empfehlungen an die KEK. Die vorliegenden Texte sind als Ergebnis dieser Arbeit durchwegs interessant und überlegenswert.

Wichtiger ist aber die in den Gruppen und Sektionen ermöglichte Begegnung und gemeinsame Arbeit der Vertreter aus vielen Kirchen, Ländern, Altersstufen, beruflicher Herkunft: ein eindruckliches Bild der großen, gewiß schwierigen, letztlich aber doch fruchtbaren Vielfalt

I. F.

Chilenin wurde im Armenviertel La Victoria der Hauptstadt Santiago erschossen. Drei französische Priester (der Pfarrer von La Victoria, *Pierre Dubois*, *Jaime Lancelot* und *Daniel Carrette*) sind wenige Tage nach ihrer Verhaftung abgeschoben worden, zwei amerikanische Mary-Knoll-Patres (*Thomas Henehan*, *Terence Cambias*) erhielten Ausweisungsbescheide, mindestens ein chilenischer Priester ist in Haft. Bis Mitte September waren mindestens 60 Personen verhaftet, darunter auch gemäßigte Politiker wie der Sozialist *Ricardo Lagos*. Zahlreiche der Opposition zugerechnete Personen, insbesondere Politiker und Journalisten, wurden telefonisch bedroht. Vor allem in den Randgebieten der Städte haben die gefürchteten „Allanamientos“, Razzien im Morgenrauen von Polizei und Militär, zugenommen.

Unklarheit über die Attentäter

Über die Urheber des gescheiterten Attentats herrscht immer noch Unklarheit. Die sofort von offizieller Seite beschuldigte kommunistische Untergrundorganisation „Patriotische Front Manuel Rodríguez (FPMR)“ machte über ihre Kontakteleute widersprüchliche Aussagen. In Chile wird ihr allgemein die Täterschaft zugeschrieben, zumal die Terrorgruppe Wochen vor dem Attentatsversuch einen Anschlag auf den Präsidenten angekündigt hatte. In oppositionellen Kreisen wurde jedoch zunächst nicht ausgeschlossen, daß das Regime den Anschlag selbst inszeniert habe. Der Vater des in Chile als einer der Attentäter gesuchten *César Bunster* erklärte in Mexiko, sein Sohn solle herhalten für ein von der Diktatur vorgeführtes Täuschungsmanöver, mit dem sie sich an der Macht halten wollen. *Alvaro Bunster* war unter der Regierung Allende Botschafter in London, sein Sohn war erst in diesem Jahr aus dem Exil nach Chile zurückgekehrt. Eine Woche nach dem Attentat bekannte sich die FPMR über ihren Sprecher *Patricio Mans* im Madrider Rundfunk erneut zu dem Anschlag.

Nach dem Attentat: Chile unter Belagerung

Mit dem gescheiterten Attentat auf den chilenischen Staatspräsidenten General *Augusto Pinochet* vom 7. September hat, wie zu erwarten war, eine Phase verstärkter politischer Repression im Land eingesetzt. Der auf zunächst drei Monate ausgerufene Belagerungszustand hat die ohnehin eingeschränkten Bürgerrechte wie Versammlungs- und Pressefreiheit weitgehend aufgehoben und den Präsidenten ermächtigt, Verhaftungen und Gewahrsam an geheimem Ort ohne Gerichtsbeschuß anzuordnen. Der General kündigte an, von seinen erweiterten Befugnissen so lange Gebrauch zu machen, bis der Widerstand gegen das Regime im Volk gebrochen sei.

Zwei Wochen nach dem Attentat sind Tagespresse, Radio und Fernsehen gleichgeschaltet, über Unruhen, „terroristische Verbrechen oder andere verbotene Aktivitäten“ darf seit dem 14. September nicht mehr berichtet werden. Die oppositionellen Zeitschriften „Hoy“, „Cauce“, „Análisis“, „Fortin“ und „Bicicleta“ wurden verboten. Weder Reuter noch die italienische Nachrichtenagentur Ansa dürfen wegen „Beleidigung der Streitkräfte“ aus Chile berichten.

In der ersten Woche nach dem Attentat, also vor Verhängung des Berichtsverbots, wurden vier Regimegegner von Uniformierten oder Zivilisten entführt und von Kugeln durchlöchert aufgefunden, eine 22jährige

Einigkeit dürfte in Regierung und Opposition darüber herrschen, daß das gescheiterte Attentat zu keinem für Präsident Pinochet günstigeren Zeitpunkt hätte geschehen können. Die Auswirkungen des Anschlags wurden sofort spürbar: Anhänger des Regimes gingen auf die Straße und forderten härteres Durchgreifen bei der Bekämpfung des Terrorismus. Der brutale Mordanschlag, bei dem fünf Männer von Pinochets Leibgarde umkamen, wurde aber auch von vielen in der Bevölkerung mißbilligt, die in den letzten Jahren einer schweren Wirtschaftskrise auf Distanz zum Regime gegangen waren.

Pinochet kann dennoch nicht unbeschränkt herrschen

Ebenso augenfällig wie die prompte politische Außenwirkung des 7. September sind jedoch die Auswirkungen im Regime und in der Person und Position des Präsidenten selbst. Nicht nur die politische Lage, d. h. die Kräfteverhältnisse, sondern die psychologische Grundlage der Diktatur ist verändert. Präsident Pinochet regiert mit einemmal nicht mehr trotz aller und noch ständig wachsender Widerstände, er ist überzeugt, durch den Mordanschlag die fast völlig geschwundene Legitimation für seine Herrschaft neu erworben zu haben (realistischer sehende Regierungspolitiker nutzen zumindest den Effekt). Nur so ist die Vielzahl seiner Äußerungen zu verstehen, in denen er ungeniert und ohne internationale Rücksichten sein Regime als funktionierende Demokratie anpreist. Am Morgen nach dem Attentat erklärte Pinochet im Fernsehen, die Welt habe jetzt den Beweis, daß in Chile Krieg herrsche „zwischen Demokratie und Marxismus“, eine Variante seiner langjährigen Maxime „Ich oder das Chaos“. Mehrfach deutete er an, das Volk hätte sich – wäre der Anschlag gelungen – gegen die marxistischen Mörder erhoben. Der New York Times erklärte er, das Volk sei mit ihm, er selbst habe keine Ambitionen, wolle die Macht nicht für sich. Sieben Stunden lang ließ er

sich bei einem Defilee am „ersten Tag der Zukunft“ von seinen Anhängern feiern. Geschickt schürte er nationalistische Gefühle („Wir werden uns auch von den Amerikanern nichts aufzwingen lassen“) und rückte ausländische Kritiker seines Regimes ohne Unterschied in die Nähe des Kommunismus.

Frontal wie nie zuvor griff Präsident Pinochet die katholische Kirche des Landes an. Die ersten unter dem verschärften Belagerungszustand Ausgewiesenen waren die drei französischen Geistlichen. Der Erzbischof von Santiago, Kardinal *Juan Francisco Fresno*, hatte die Inhaftierten besucht und den Innenminister vergeblich um eine Überprüfung des Abschiebungsbefehls gebeten. Daraufhin bezeichnete die Chilenische Bischofskonferenz die Ausweisungen als „beleidigenden Angriff auf die Kirche“. Zuvor hatte sie den Anschlag auf den Präsidenten öffentlich verurteilt und gleichzeitig die Bitte ausgesprochen, die Bestimmungen des Belagerungszustandes mit Mäßigung anzuwenden. Zudem forderte sie die Aufklärung der Mordfälle in den Tagen nach dem Attentat. In seiner Rede zum 13. Jahrestag des Militärputsches am 11. September machte General Pinochet dann die katholische Kirche und die „mit ihr verbündeten Parteien“ ausdrücklich mitverantwortlich für „Zerstörung und Tod“ in Chile.

Daß Pinochet aber auch mit seinen derzeitigen Sondervollmachten nicht unumschränkt herrschen kann, zeigt sein offenbar aufgegebener Plan, ein Referendum abzuhalten. Der General hatte am Tag nach dem Attentat im Fernsehen angekündigt, er wolle sich so vom Volk Unterstützung für neue Antiterrorgesetze holen, um die Guerilla endgültig zu vernichten. Dieser Plan stieß offenbar auf Widerstand in der Junta. Von der Opposition aufmerksam registriert wurde eine Äußerung des Marine-Oberbefehlshabers, Admiral *José Toribio Merino*, bei einem offiziellen militärischen Akt am 11. September, das bisher Erreichte sei „nicht das Werk eines Einzigen, sondern das aller“. Die konservative Tageszeitung „Mercurio“ würdigte

die Politik des Präsidenten aus Anlaß des Jahrestags, schrieb aber auch, die Morde an den Regimegegnern seien unentschuldigbar.

Streitkräfte wieder zusammengerückt?

Das politische Machtgefüge innerhalb des Regimes war vor dem 7. September in einem prekären Zustand, die oppositionellen Kräfte lebten angespannt unter der von Monat zu Monat wachsenden staatlichen Repression, ohne ihrer noch immer heillosten Aufsplitterung Herr zu werden. Die Bevölkerung leidet unter der andauernden Wirtschaftskrise, vor allem der hohen Arbeitslosenrate (vgl. HK September 1985, 432 ff). Ein nationaler Konsens, von der Kirche und den demokratischen Parteien gemeinsam beschworen und in Ansätzen politisch in Gang gesetzt, war in weite Ferne gerückt. Was Chile noch zusammenhalte, so ein kirchlicher Kommentar in diesem Sommer, sei ein Gürtel von repressiver Gewalt. Nach Umfragen hatte das Regime nur noch 15 Prozent der Bevölkerung hinter sich, soviel wie die Kommunisten.

Dennoch deuteten Symptome seit dem Frühjahr darauf hin, daß sich die Machtverhältnisse zu verschieben begonnen hatten, allerdings ohne daß eine Gruppierung, etwa die Opposition, spürbar davon profitiert hätte. Die politische Macht, die gesellschaftlichen Kräfte, schienen insgesamt eher geschwächt. Das hat sich, was Regierung und Streitkräfte angeht, mit dem fehlgeschlagenen Attentat geändert. Die Streitkräfte haben die Reihen gegenüber der Opposition vorläufig wieder geschlossen, nachdem es in den letzten Monaten Versuche der bürgerlichen Parteien gegeben hatte, einzelne, ideologisch weniger fixierte Militärs in die Gespräche über einen nationalen Konsens einzubeziehen. Innerhalb von Regierungsjunta und Streitkräften waren Unstimmigkeiten mit Pinochet entstanden über die Präsidentschaftswahl 1989. Pinochet möchte den Verfassungsartikel geändert sehen, nach dem die Junta dem Volk den Kandida-

ten vorschlagen wird, da er den andern Juntagenerälen mißtraut. Luftwaffenchef General *Fernando Matthei* betonte am 11. September nach der Rede des Präsidenten, die Junta werde den in der Verfassung vorgeschriebenen Weg unbeirrt gehen. Das kann nur bedeuten, daß Pinochets Plan weiter auf Widerstand stößt. Eine Annäherung von Teilen der Streitkräfte an die Opposition ist in der derzeitigen Situation indessen kaum zu erwarten, eher könnten die Spannungen mit dem zunehmend halsstarrigen Präsidenten anwachsen.

Die „schmutzige Arbeit“, die den in Chile traditionell hoch angesehenen Streitkräften seit 13 Jahren und nun zum dritten Mal unter dem Belagerungszustand mit der Verfolgung, Knebelung und Vernichtung subversiver Kräfte aufgegeben ist, hat vor allem Heer und Carabinerios in Verruf gebracht, um so mehr, als sie seit Jahren auch in Zivil und neuerdings mit geschwärtzten Gesichtern im Einsatz sind. In der Bevölkerung wurden die mit großem propagandistischem Aufwand publizierten Berichte über ein von der Armee entdecktes immenses Waffenlager der Guerilla offen angezweifelt (seit zwei Jahren ist bekannt, daß die Armee mit provokativen Bombenlegungen operiert). Das Vorgehen des mit den Jahren offenbar brutalisierten Militärs gegen die Bevölkerung hatte am 2. Juli seinen

spektakulären Höhepunkt erreicht: Uniformierte schlugen zwei Jugendliche in einer Nebenstraße im Zentrum von Santiago blutig und steckten sie in Brand. Noch lebend wurden sie an einer Ausfahrtstraße aus dem Jeep geworfen. Das Mädchen überlebte schwerverletzt.

Gegen die skandalöse Behandlung des Falles durch die Justiz protestierte Kardinal Fresno ohne Erfolg. Ungeachtet zahlreicher Zeugen stellte die Polizei die Gewalttat als selbstverschuldeten Unfall dar, später wurde lediglich ein Beteiligter unter Anklage gestellt, zunächst wegen Nachlässigkeit, dann unter dem Druck der Öffentlichkeit wegen unnötiger Gewaltanwendung. Zum Vergleich: zum gleichen Zeitpunkt wurden unter dem Verdacht der medizinischen Hilfeleistung für einen verletzten militanten Regimegegner ein Arzt und ein Anwalt des kirchlichen Solidaritätsvikariats 93 Tage ohne Anklageerhebung festgehalten.

Schwere Zeiten für Kirche und Opposition

Der demokratischen Opposition, von General Pinochet als Handlanger des chilenischen Terrorismus und internationalen Kommunismus bezeichnet, stehen nun noch schwerere Zeiten bevor. Die Regierung hatte sich schon vor dem Attentat konsequent allen

Gesprächsangeboten verweigert; damit sind die mühselig zustande gekommenen Zusammenschlüsse wie die „Demokratische Allianz“ und die „Bürgerversammlung“ in einem wesentlichen Punkt gescheitert.

„Die derzeitige politische Lage ist katastrophal, katastrophal deshalb, weil sie innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung keinen einzigen Ausweg mehr bietet“, schrieb die Jesuitenzeitschrift „Mensaje“ in der letzten Ausgabe vor dem Anschlag auf Pinochet. Mit der Erfolglosigkeit der bürgerlichen Opposition vor dem Belagerungszustand und der jetzigen unfreiwilligen Tatenlosigkeit wird die bisher entgegen allen offiziellen Behauptungen noch schwache Guerilla Zulauf erhalten. Die Kirche, die im klaren Bewußtsein dieser Gefahr seit Jahren auf eine politische, gewaltfreie Lösung drängt, ist jetzt offenbar zum direkten Gegner des Regimes avanciert. Der offene Konflikt war indessen bereits abzusehen, als die Bischöfe in ihrer Erklärung vom 13. Juli fünf Ursachen für Gewalt und Unfrieden in Chile in dieser Reihenfolge nannten: „das allzu lange dauernde Leiden der Bevölkerung“, „die mangelnde Teilhabe des Volkes, vor allem an der Politik“, „den militaristischen Charakter des Regimes“, „die Macht ausübung durch Polizeikräfte“, „den politischen Terrorismus unterschiedlicher Prägung“.

G. B.

Das „katholische und“ in Österreich

Die Situation nach dem Bischofswechsel in Wien

Österreich bot in den letzten Wochen gleich zwei Überraschungen. Kirchlich bedeutet die Weihe und Amtseinführung des neuen Erzbischofs von Wien P. Hermann Groer einen unerwarteten Einschnitt. Politisch überstürzten sich die Ereignisse fast zur gleichen Zeit geradezu: Nach der Aufkündigung der bisherigen SPÖ-FPÖ-Koalition wurden für die zweite Novemberhälfte Neuwahlen ausgeschrieben. Der folgende Bericht befaßt sich vor allem mit dem Erzbischofswechsel in Wien und den damit zusammenhängenden Vermutungen und Gerüchten, die sich vor allem auf den bisherigen und möglichen künftigen kirchenpolitischen Kurs in Österreich und das Verhältnis Kirche-Parteien beziehen.

Die erbitterte Wahl-Auseinandersetzung um Kurt Waldheim, die im Frühsommer zu einer sozialistischen Niederlage führte, hatte den Rücktritt des Bundeskanzlers Fred Sinowatz zur Folge. *Franz Vranitzky*, sein Nachfolger als Regierungschef, ist erst kurz im Sattel, hat aber als „Typ des Machers“ Sympathien bis hinein in bürgerliche Kreise gewinnen können. Trotzdem verlor die sozial-liberale Koalition in Österreich immer mehr an Konturen, und der opportunistische Kurs des freiheitlichen Parteiobermannes *Norbert Steger* führte dazu, daß die ohnehin kleine FPÖ als Junior-Partner der Sozialisten immer mehr zusammenschrumpft.